

MORNING NEWS

23. Januar 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	VERÄNDERUNG %	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	VERÄNDERUNG %	VORTAG
DAX	24.856,47	295,49	1,20	24.560,98	DJ 30	49.384,01	306,78	0,63	49.077,23
MDAX	31.687,04	741,74	2,40	30.945,30	NASDAQ	25.518,35	191,77	0,76	25.326,58
TEC DAX	3.707,18	107,18	2,98	3.600,00	Nikkei 225	53.839,00	150,11	0,28	53.688,89
Euro Stoxx50	5.956,17	73,29	1,25	5.882,88	Hang Seng	26.753,08	123,12	0,46	26.629,96
Bund Future	127,73	-0,03	-0,02	127,76	Euro / US-\$	1,1751	-0,00	-0,03	1,1755
Gold in US-\$	4.964,97	28,95	0,59	4.936,02	Öl (Brent) US-\$	64,53	0,47	0,73	64,06
Bitcoin / US-\$	89.430,39	262,53	0,29	89.167,85	Ethereum / US-\$	2.963,30	20,08	0,68	2.943,23

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.883	+27
NASDAQ Future	25.702,50	+44,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	VERÄNDERUNG %	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	192,63	2,79	0,01	189,84	226,35	3.399.054,00
Nokia OJ	5,53	-0,05	-0,01	5,58	6,50	30.657.264,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Ericsson (07:00 Gj)		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	Bauhauptgewerbe	November	08:00	n/a
D	PMI Verarbeitendes Gewerbe, vorab	Januar	09:30	47,8 (47,0)
D	PMI Dienste, vorab	Januar	09:30	52,5 (52,7)
D	PMI Composite, vorab	Januar	09:30	51,7 (51,3)
EWU	PMI Verarbeitendes Gewerbe, vorab	Januar	10:00	49,2 (48,8)
EWU	PMI Dienste, vorab	Januar	10:00	52,6 (52,4)
EWU	PMI Composite, vorab	Januar	10:00	51,9 (51,5)
USA	Bloomberg Wirtschaftsumfrage USA	Januar	12:00	n/a
USA	PMI Verarbeitendes Gewerbe, vorab	Januar	15:45	52,0 (51,8)
USA	PMI Dienste, vorab	Januar	15:45	52,9 (52,5)
USA	PMI Composite, vorab	Januar	15:45	53,0 (52,7)
USA	Frühindikator	November	16:00	-0,2% (-0,3%)
USA	Verbrauchertrauen Uni Michigan, final	Januar	16:00	54,0 (54,0)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,31 (1,52)	10-jährige Bonds	+0,016	4,25%
Volumen NASDAQ	9,01 (9,11)	30-jährige Bonds	+0,391	4,84%

Die **Entspannung im Zollstreit mit Europa** und **robuste Konjunkturdaten** haben den US-Börsen am Donnerstag Auftrieb gegeben. Anleger reagierten erleichtert darauf, dass US-Präsident Donald Trump seine Drohung zurücknahm, Zölle gegen europäische Verbündete zu verhängen. Trump hatte diese als Druckmittel in einem Streit um den Kauf von Grönland eingesetzt, nun aber eine Einigung in Aussicht gestellt.

Der Dow-Jones-Index der Standardwerte schloss 0,6 Prozent höher auf 49.375 Punkten. Der breiter gefasste S&P 500 rückte um 0,5 Prozent auf 6913 Zähler vor. Der Index der Technologiebörsen Nasdaq gewann 0,9 Prozent auf 23.430 Stellen.

Die Stimmung am Markt bleibt jedoch angesichts der politischen Volatilität schwankungsanfällig. "Es ist sehr seltsam, jeden Tag als Vermögensverwalter aufzuwachen und nicht zu wissen, ob Weihnachtsmorgen oder Freitag der 13. ist", sagte Gregg Abella, Chef von Investment Partners Asset Management. Die geopolitischen Spannungen erforderten eine stärkere Diversifizierung der Portfolios, um Risiken abzufedern.

Rückenwind kam am Donnerstag auch von der Konjunkturseite. Die **US-Wirtschaft** wuchs im dritten Quartal 2025 mit 4,4 Prozent etwas stärker als erwartet. Zudem stiegen die Konsumausgaben im November und Oktober solide an, während die Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe in der vergangenen Woche geringer ausfiel als prognostiziert. Angesichts der robusten Wirtschaft und der hartrückigen Inflation rechnen Marktteilnehmer damit, dass die US-Notenbank Fed bei ihrer Sitzung in der kommenden Woche die Zinsen unverändert lassen wird.

Dass einige Anleger Zweifel an dem Frieden zwischen den USA und der Europäischen Union in der Grönland-Frage hegten, zeigte sich am Devisenmarkt. Der **Dollar-Index** bröckelte um rund 0,4 Prozent auf 98.787 Punkte ab. Die "Antikrisen-Währung" **Gold** verteuerte sich hingegen um knapp 1,5 Prozent auf 4922 Dollar je Feinunze und übersprang damit ihren erst am Mittwoch erreichten jüngsten Höchststand. Auch **Silber** und **Platin** erreichten mit rund 96 beziehungsweise 2636 Dollar neue Allzeithochs. Dies reflektierte eine weiterhin hohe geopolitische Angst der Anleger, erläuterte Jochen Stanzl von der Consorsbank.

Ein Medienbericht über Börsenpläne für die Chipsparte T-Head beflogelte die Aktie von **Alibaba**. Die in den USA notierten Papiere des chinesischen Online-Händlers legten um 5,5 Prozent zu. Gefragt waren auch die Titel des Konsumgüterherstellers **Procter & Gamble**, die trotz eines enttäuschenden Quartalsumsatzes um rund 2,7 Prozent vorrückten.

Unter Druck gerieten hingegen **Abbott** und **GE Aerospace**. Der Pharmakonzern und der Triebwerksbauer konnten mit ihren Geschäftszahlen nicht bei Anlegern punkten. Um 2,1 Prozent nach unten ging es für **Netflix**. Der Filmstudio-Betreiber und Streaming-Anbieter Paramount Skydance hat die Frist seiner Übernahmeofferte für den Rivalen Warner Bros Discovery verlängert.

US Unternehmen

US-Präsident Donald Trump hat die US-Großbank **JPMorgan** und deren Vorstandschef Jamie Dimon auf **Schadenersatz** in Höhe von fünf Milliarden Dollar verklagt. Der Vorwurf lautet auf politisch motivierte Kontoschließungen, sogenanntes "Debanking". JPMorgan sei nicht befugt gewesen, dies zu tun, sagte Trump am Donnerstag (Ortszeit) an Bord der Air Force One. In der am Donnerstag bei einem Gericht im Bundesstaat Florida eingereichten Klage beschuldigt Trump das größte Geldhaus der USA, Konten von ihm und seinen Hotelbetrieben geschlossen zu haben, um einer politischen Agenda zu folgen. Dimon habe zudem eine "Schwarze Liste" erstellt, um andere Banken vor Geschäften mit der Trump-Organisation und der Familie des Präsidenten zu warnen. JPMorgan wies die Anschuldigungen zurück. Man bedauere die Klage des Präsidenten und halte sie für unbegründet, teilte die Bank mit. Man schließe Accounts, wenn sie ein rechtliches oder regulatorisches Risiko darstellten - aber nicht aus politischen oder religiösen Gründen (Reuters).

Der wachsende Bedarf an Server-Prozessoren hat **Intel** zu einem Quartalsergebnis über Markterwartungen verholfen. Wegen Lieferengpässen bei Rohstoffen enttäuschte der Chipkonzern mit seinem Ausblick. "Unsere Vorräte werden im

ersten Quartal auf ihren niedrigsten Stand fallen, bevor sie sich wieder erholen", prognostizierte Intel-Chef David Zinsner. Die Aktien des kriselnden Konzerns fielen daraufhin im nachbörslichen Geschäft der Wall Street um fünf Prozent. Für das laufende Quartal stellte Zinsner einen Umsatz zwischen 11,7 und 12,7 Milliarden Dollar sowie ein bereinigtes Ergebnis an der Gewinnschwelle in Aussicht. "Die Nachfrage bleibt dank des Siegeszugs Künstlicher Intelligenz (KI) stark", betonte er. Durch den weltweiten Bauboom bei Rechenzentren steigt nicht nur die Nachfrage nach KI-Spezialprozessoren, sondern auch nach klassischen Serverchips. Im abgelaufenen Vierteljahr gingen die Erlöse zwar um vier Prozent auf 13,7 Milliarden Dollar zurück. Der Überschuss stieg dagegen um 15 Prozent und übertraf mit 0,15 Dollar je Aktie die Analystenprognosen um fast das Doppelte (Reuters).

Amazon plant Insidern zufolge für die kommende Woche eine zweite große **Entlassungswelle**. Damit wolle der Online-Händler sein Ziel erreichen, insgesamt rund 30.000 Stellen in der Verwaltung zu streichen, sagten zwei mit der Angelegenheit vertraute Personen. Die neue Runde werde voraussichtlich einen ähnlichen Umfang haben wie der Abbau von etwa 14.000 Arbeitsplätzen im Oktober und könnte bereits am Dienstag beginnen (Reuters).

Marktmeldungen

Bundeskanzler Friedrich Merz hat trotz der Auseinandersetzung mit US-Präsident Donald Trump dafür plädiert, am **Zusammenhalt der transatlantischen Beziehungen** und der **Nato** zu arbeiten. Er habe beim Weltwirtschaftsforum in Davos dafür geworben, "dass wir jedenfalls versuchen sollten, die Nato zu erhalten", sagte er am Donnerstag in Brüssel vor Beginn des EU-Sonderrates. "Es ist das erfolgreichste politische Bündnis, das es jemals zwischen Europa und Amerika gegeben hat." Er habe den Eindruck, dass die USA auch weiter die Zusammenarbeit suchten (Reuters).

Bundeskanzler Friedrich Merz hat in seiner Rede auf dem Weltwirtschaftsforum für **Investitionen** und **Vertrauen** in den **Standort Deutschland** geworben. Seine Regierung habe bereits Reformen angepackt, sagte er am Donnerstag in Davos und sprach von Erleichterungen für Firmen bei den steuerlichen Lasten und den Stromkosten. Merz räumte aber ein, dass es Produktivitätsprobleme in Deutschland gebe, insgesamt zu wenig gearbeitet werde und die Lohn- und Energiekosten zu hoch seien. Die EU sei zudem "Weltmeister" in der Regulierung geworden. Das Wachstum von 0,2 Prozent im vergangenen Jahr sei für eine Volkswirtschaft wie Deutschland nicht zufriedenstellend, betonte Merz. Die IWF-Prognose für 2026 sei aber auf 1,2 Prozent verbessert worden. "1,5 Prozent ist auch machbar", sagte der Kanzler. Dies hänge davon ab, dass nun die Milliarden, die in die öffentliche Infrastruktur investiert würden, auch abflössen. "Es ist allerdings kein stabiles Wachstum, was sich automatisch fortsetzen wird." Deshalb müsse man die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessern (Reuters).

Die **Beziehungen** zwischen der **Europäischen Union** und den **USA** erleiden nach den Worten der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas einen schweren Schlag. "Uneinigkeiten zwischen Verbündeten wie Europa und Amerika nützen nur unseren Gegnern, die zuschauen und die Aussicht genießen", sagt Kallas vor einem Krisentreffen der EU-Staats- und Regierungschefs (Reuters).

Die **dänische Ministerpräsidentin** Mette Frederiksen fordert angesichts wiederholter Drohungen von US-Präsident Donald Trump bezüglich Grönland eine **stärkere Präsenz der Nato in der Arktis**. "Wir brauchen eine ständige Präsenz der Nato in der Arktis, auch um Grönland herum", sagt sie vor einem EU-Sondergipfel in Brüssel. Es sei für jeden klar, dass Dänemark ein souveräner Staat sei und dies nicht verhandelbar sei. "Aber natürlich können wir mit den USA erörtern, wie wir unsere gemeinsame Zusammenarbeit bei der Sicherheit in der Arktis stärken können", fügt sie hinzu. Es gebe jedoch rote Linien für ihr Land. Dazu gehöre die **Souveränität Dänemarks**, die Teil der demokratischen Grundwerte sei. Die letzten Tage hätten gezeigt, wie stark die EU sei, wenn sie geeint auftrete (Reuters).

Nach der überraschenden Deeskalation von US-Präsident Donald Trump im Grönland-Konflikt hat sich **Dänemark** bei seinen **europäischen Partnern** für die **Rückendeckung** bedankt. "Ich möchte deutlich machen, wie dankbar wir im Königreich Dänemark - einschließlich Grönland - sind für all die Unterstützung, die wir aus ganz Europa erhalten haben",

sagte die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen bei einem Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Brüssel (dpa/AFX).

Die **Europäische Union** (EU) will nach der Debatte mit den USA um **Grönland** ihre **Präsenz in der Arktis** ausbauen und sich künftig entschlossener gegen Druck von außen zur Wehr setzen. "Wir arbeiten daran, die Beziehungen zwischen der EU und Grönland zu verbessern, und in diesem Zusammenhang wird die Kommission bald ein umfassendes Investitionspaket vorlegen", sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in der Nacht zum Freitag nach dem Ende des EU-Sondergipfels in Brüssel. Zugleich warnten die Staats- und Regierungschefs die USA vor neuen Drohungen und betonten, das ausgesetzte Handelsabkommen mit Washington wieder auf den Weg bringen zu wollen (Reuters).

Die **Europäische Union** kann nach den Worten ihrer Außenbeauftragten Kaja Kallas mit dem **Friedensrat für den Gazastreifen** von US-Präsident Donald Trump zusammenarbeiten, wenn das Gremium sich Gremium an Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates halte. "Wenn wir es auf Gaza beschränken, so wie es gedacht war, dann können wir damit arbeiten", sagt Kallas vor einem EU-Gipfel.

Der **russische Präsident** Wladimir Putin empfängt in Moskau drei US-Gesandte zu **Verhandlungen über ein Ende des Ukraine-Kriegs**. Wie der Kreml mitteilt, nehmen an dem Treffen kurz vor Mitternacht (Ortszeit) die Unterhändler **Steve Witkoff** und **Jared Kushner** sowie der Trump-Berater **Josh Gruenbaum** teil. US-Präsident Donald Trump hatte zuvor erklärt, eine Einigung sei "ziemlich nah". Witkoff zufolge hängt der Durchbruch nur noch an einem letzten Punkt (Reuters).

Dem Kreml-Berater Juri Uschakow zufolge hat der **russische Präsident** Wladimir Putin nach dem **Treffen mit US-Gesandten** unterstrichen, dass Russland "**aufrichtig interessiert**" sei an einer **diplomatischen Lösung**. "Bis dies erreicht ist, wird Russland weiterhin **konsistent die Ziele der speziellen Militäroperation verfolgen**. Dies gilt besonders auf dem Schlachtfeld (...)", so Uschakow. Die Gespräche mit Gesandten der USA bezeichnete er als "substanzell, konstruktiv und sehr offen". Sie hätten kurz vor Mitternacht am Donnerstag begonnen und dauerten etwa vier Stunden, erklärte er gegenüber Reportern. Russland, die USA und die Ukraine wollen sich nach Angaben des Kreml noch am Freitag in Abu Dhabi zu Sicherheitsgesprächen treffen (Reuters).

Bei **russischen Drohnen- und Raketenangriffen** auf zwei Ortschaften im Südosten der **Ukraine** ist ukrainischen Angaben zufolge ein Mensch getötet und mehr als 20 weitere Personen verletzt worden. Betroffen sind dem Gouverneur der Region Saporischschja zufolge einerseits die Ortschaft Komyschuwacha und die Industriestadt Krywyj Rih, wie Oleksandr Vilkul, Leiter der Militärverwaltung der Stadt, auf Telegram mitteilte (Reuters).

Der **finnische Präsident** Alexander Stubb sieht die Lage im **Ukraine-Krieg** aus westlicher Sicht auf einem guten Weg. **US-Präsident** Donald Trump übt **großen Druck auf Russland** aus, sagt Stubb in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos. "Ich denke, Präsident Trump übt großen Druck auf Russland aus, und ich hoffe, er macht damit weiter." Stubb zeigt sich optimistisch mit Blick auf einen 20-Punkte-Friedensplan, der Sicherheitsgarantien für die Ukraine und den Wiederaufbau des Landes umfasst. Er sei jedoch nicht überzeugt, dass Russland den Plan aus innenpolitischen Gründen annehmen werde.

US-Präsident Donald Trump hat den **Iran** erneut vor Hinrichtungen von Regierungsgegnern gewarnt. Eine mächtige Flotte sei auf dem Weg zum Iran, sagte er am Donnerstag an Bord der Präsidentenmaschine Air Force One. Er habe der Regierung in Teheran einen Militärschlag angedroht, falls weiter Demonstranten gehängt würden. Die Lage werde genau beobachtet. Sehr bald würden zudem die 25-prozentigen Strazfälle für Handelspartner der Islamischen Republik in Kraft treten (Reuters).

US-Präsident Donald Trump will eigenen Angaben zufolge im April nach **China** reisen. Der **chinesische Präsident** Xi Jinping werde zudem gegen Ende dieses Jahres zu einem Gegenbesuch in die USA erwartet, sagte Trump vor Journalisten an Bord der Air Force One. "Ich freue mich darauf, Präsident Xi zu sehen. Ich habe immer eine großartige Beziehung zu Chinas Präsident Xi gehabt", so Trump. Die Beziehungen zwischen den beiden größten Volkswirtschaften

der Welt seien während der Corona-Pandemie angespannt gewesen, hätten sich seitdem jedoch deutlich verbessert. Trump fügte hinzu, China kaufe nun große Mengen an US-Sojabohnen, was gut für die amerikanischen Landwirte sei (Reuters).

Die **US-Regierung** hat **Sanktionen** gegen eines der größten **Drogennetzwerke in der Karibik** verhängt. Die Drogen wurden von Costa Rica aus in die USA und nach Europa geschmuggelt, wie das US-Finanzministerium mitteilte. Nach einer mit den costa-ricanischen Behörden koordinierten Untersuchung wurden fünf Personen und fünf Unternehmen aus dem mittelamerikanischen Land mit Sanktionen belegt (dpa/AFX).

Die **USA** haben **andere Staaten** aufgefordert, ihre als **Kämpfer der Extremistenmiliz Islamischer Staat** (IS) inhaftierten Staatsbürger aus dem Irak zurückzunehmen. Washington begrüßte zwar die Initiative des Irak, die aus Syrien verlegten IS-Kämpfer in irakischen Einrichtungen festzuhalten, sagte US-Außenminister Marco Rubio am Donnerstag. Nicht-irakische Terroristen würden sich jedoch nur vorübergehend im Irak aufhalten. "Die USA fordern die Länder auf, Verantwortung zu übernehmen und ihre Bürger aus diesen Einrichtungen zurückzuholen, damit sie sich der Justiz stellen können", hieß es in einer Erklärung Rubios (Reuters).

Die **japanische Notenbank** Bank of Japan (BOJ) hat ihre **Leitzinsen** unverändert gelassen und angesichts angehobener Konjunktur- und Inflationsprognosen ihre Zuversicht für die weitere wirtschaftliche Entwicklung signalisiert. Die Währungshüter beließen den Leitzins bei 0,75 Prozent, teilten sie mit. Der Schritt war weithin erwartet worden, nachdem die BOJ den Zins erst im Dezember von 0,50 Prozent angehoben hatte. In ihrem Quartalsbericht hob sie ihre Wachstumsprognose für die Fiskaljahre 2025 und 2026 an. Zudem rechnet sie für das Fiskaljahr 2026 nun mit einer Kerninflation von 1,9 Prozent statt wie bisher mit 1,8 Prozent. Die Notenbank bekräftigte zudem ihr Versprechen, die Zinsen weiter anzuheben, sollten sich Wirtschaft und Preise wie erwartet entwickeln (Reuters).

Die **Inflation** in **Japan** hat sich im Dezember abgeschwächt. Sie bleibt jedoch über dem Ziel der Notenbank Bank of Japan (BOJ) von zwei Prozent. Der Kernverbraucherpreisindex, der die schwankungsanfälligen Kosten für frische Lebensmittel ausklammert, stieg im Jahresvergleich um 2,4 Prozent, wie aus am Freitag veröffentlichten Daten hervorgeht. Damit wurde die mittlere Marktprognose getroffen (Reuters).

China wird sich einem Medienbericht zufolge für das Jahr 2026 ein niedrigeres **Wachstumsziel** von 4,5 bis fünf Prozent setzen. Dies berichtete die Zeitung "South China Morning Post" unter Berufung auf drei Insider. Ein solches Ziel würde eine Toleranz für eine moderate Verlangsamung signalisieren, da die Regierung in Peking die Bedeutung einer "qualitativ hochwertigen" Entwicklung betone, schrieb die Zeitung. Das langsamere globale Wachstum belastet die Aussichten der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt, auch wenn diese zuletzt einen Handelsüberschuss von 1,2 Billionen Dollar erzielte (Reuters).

Chemie

Der Chemiekonzern **BASF** hat im Krisenjahr 2025 einen Ergebniseinbruch erlitten und seine eigene Prognose verfehlt. Das bereinigte operative Ergebnis (Ebitda) fiel auf 6,6 Milliarden Euro nach 7,2 Milliarden im Vorjahr, wie der Konzern am Donnerstagabend in Ludwigshafen mitteilte. Analysten hatten im Schnitt 6,7 Milliarden Euro erwartet. BASF selbst war zuletzt von einem Ergebnis am unteren Ende der Prognosespanne von 6,7 bis 7,1 Milliarden Euro ausgegangen. Gleichzeitig übertraf der Konzern jedoch die Erwartungen beim Free Cashflow deutlich. Er lag mit 1,3 Milliarden Euro mehr als doppelt so hoch wie von Experten erwartet. Der Umsatz sank auf 59,7 (2024: 61,4) Milliarden Euro. Einen Ausblick für das laufende Geschäftsjahr will BASF mit der Vorlage der endgültigen Zahlen am 27. Februar geben (Reuters).

Industrie

Siemens-Aufsichtsratschef Jim Hagemann Snabe bleibt einem Medienbericht zufolge länger im Amt als zuvor erwartet. Die Arbeit mache dem Dänen weiter Spaß, und im Aufsichtsrat sehe niemand die Notwendigkeit für einen schnellen

Wechsel, berichtete das "*Handelsblatt*" unter Berufung auf das Umfeld des Gremiums. Der designierte Nachfolger, Ex-Nestle-Chef Mark Schneider, solle spätestens beim Aktionärstreffen 2027 den Vorsitz übernehmen.

Öl & Gas

Die **US-Regierung** gestattet **China** Insidern zufolge den Kauf von **venezolanischem Öl**, allerdings müsse die Volksrepublik mehr als bislang zahlen. China dürfe das Rohöl nicht mehr zu den unfairen Preisen erwerben, mit denen die Regierung des in den USA vor Gericht stehenden Präsidenten Nicolas Maduro den Markt unterboten habe, sagte ein Regierungsvertreter (Reuters).



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

